

Windkraft im Schwebezustand

PLANUNG Gemeinden im Untertaunus loten das Für und Wider weiterhin aus

Von
Hannelore Wiedemann

UNTERTAUNUS. In Sachen Windenergie hält der planerische Schwebezustand – nicht nur im Untertaunus – bis auf Weiteres an. Denn seit die Regionalversammlung Südhessens Mitte Dezember den Beschluss gefasst hat, die Planung für Vorrangflächen von Windenergie komplett aus dem Werk herauszunehmen, gelten die Festsetzungen des Regionalplans 2000 sowie die Privilegierung weiter. Die besagt, dass Windräder in Kommunen, in denen es bisher keine rechtsgültigen Vorrangflächen gibt, überall im Außenbereich gebaut werden können. Genehmigungsbefugnisse für das Bauen im Außenbereich und das Inmissionschutzrechtliche Verfahren ist das Darmstädter Regierungspräsidium. Die Gemeinden werden nur gehört. In Hohenstein gibt es eine solche Vorrangfläche, die derzeit eine Ausschusswirkung für das restliche Gemeindegebiet entfaltet. Diese komfortable Situation will Bürgermeister Hans-Jürgen Finkler nun für Überlegungen nutzen, auf welchen Flächen regenerative Energie gewonnen werden kann. Das gilt nicht nur für Windkraft, auch bei Photovoltaik oder Geothermie will Finkler Planungshoheit zum Vorteil der Gemeinde nutzen. Im Gegensatz zur Firma Juwi, die bei Born auf einer riesigen Ackerfläche Photovoltaik-Anlagen bauen will, möchte

RECHTSLAGE

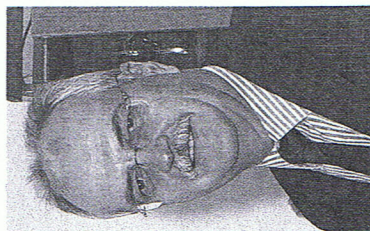
- ▶ Mit der Mehrheit von CDU und FDP hat die Regionalversammlung beschlossen, die Vorrangflächen komplett aus dem Planentwurf herauszunehmen.
- ▶ Der Plan soll noch in diesem Jahr der Landesregierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Dann kann er in Kraft treten.
- ▶ Neue Vorrangflächen für Windenergie sollen durch die Aufstellung eines Teilplanes „Windenergie“ ausgewiesen werden. Dieser Teilplan soll aber erst aufgestellt werden, wenn das neue Energiekonzept der Landesregierung vorliegt.
- ▶ Derzeit sind Windräder „privilegierte Vorhaben“, die nur nach Paragraph 35 Baugesetzbuch genehmigt werden müssen.
- ▶ Genehmigungsbefugnisse sind das Regierungspräsidium, die Gemeinde wird nur gehört, wenn das Bauvorhaben auf einem privaten Grundstück geplant ist.
- ▶ Eine Chance, die Aufstellung von Windkraftanlagen zu steuern, hat eine Gemeinde nur, wenn sie im Flächennutzungsplan Vorrangflächen für Windenergie ausweist, die eine Ausschusswirkung für das übrige Gemeindegebiet entfalten.

Finkler für solche Vorhaben Flächen nutzen, auf denen „sonst nichts wächst“. Die Genehmigungen vor Ort müssten im Einzelfall geprüft werden. In Heidenrod gibt es zwar die Windräder bei Kessel. Dass die Fläche aber eine Ausschusswirkung für das übrige Gemeindegebiet entfaltet, bezieht Bürgermeister Harald Schmelzeisen. „Wenn man weitere Anlagen nicht haben will, muss man gute Gründe haben“. Derzeit gibt es jedoch nach seinem Kenntnisstand keine Anträge für den Bau zusätzlicher Windkraftanlagen. Wo entlang der Bäderstraße noch geeignete Standorte wären, will die Gemeinde nun

selbst untersuchen. Auf Antrag der Grünen wurden dafür im Haushalt für das laufende Jahr 20.000 Euro eingeplant; im Visier ist vor allem eine gemeindeeigene Waldfläche zwischen der B 260 und Laufensfelden. Die Gemeinde könnte die Fläche verpachten oder die Anlage selbst betreiben – beides verspricht ein gutes Geschäft. Bis zu 40.000 Euro Pacht lassen sich jährlich erzielen bei einer der neuen, bis zu 180 Meter hohen Anlagen. Deshalb ist Schmelzeisen auch froh, dass im Rahmen des „Repowering“ in Kessel eine der Anlagen künftig voraussichtlich auf Gemeindegrund stehen werden.

Auch in Bad Schwalbach und Schlangenbad liegen bereits mehrere Angebote von Firmen vor, die zwischen fünf und sieben Windräder im Wald zwischen Schlangenbad und Bad Schwalbach errichten möchten. Die möglichen Standorte liegen beiderseits der Bäderstraße; in der Schlangengraben-Gemarkung nördlich der B 260 auf dem Bienkopf und Giesbach- und Nesselbachtal. Südlich der B 260 sind drei Anlagen möglich zwischen Bärstadt und Fischbach rund um den Hundskopf. In der Gemarkung der Kurstadt könnten sich drei Windräder im Wald nordöstlich von Fischbach dreihen.

Die Aussicht auf Pachteinnahmen in fünfstelliger Höhe entfällt gerade angesichts kommunaler Finanzsorgen Überzeugungskraft. „Das Geld hätte ich gerne“, gibt der Bad Schwalbacher Rathauschef Martin Hüfmann unumwunden zu. Die Entscheidung liegt jedoch bei der Politik. Der Ausschuss wird sich in seiner Sitzung am Montag, 22. Februar, ab 19.30 Uhr in der Stadthalle, die Planungen von den Firmen Juwi und Abo-Wind vorstellen lassen. „Das Thema muss diskutiert werden“, meint Ausschussvorsitzender Alexander Born (CDU), auch wenn er aus seinen Bedenken gegen die „festigen Bauten“ keinen Hehl macht. Argentinisch meint der Bürgermeister, wäre es nur, wenn Bad Schwalbach den Bau der Windräder auf den



Man muss gute Gründe haben, wenn man keine weiteren Windkraftanlagen haben will, meint Heidenrods Bürgermeister Harald Schmelzeisen.
Archivfoto: wita / Martin Fromme

eigenen Flächen ablehne und damit auf die Einnahmen verzichte – während die optische Beeinträchtigung von den Anlagen auf Schlangengraben Gemarkung aussehe. Auch in Aarbergen können Windräder derzeit eigentlich überall entstehen. Konkret gibt es allerdings bislang nur zwei Vorhaben: eines in Panrod, das zweite zwischen Michelbach und Hausen. Zwei der vier Anlagen, die hier ebenfalls die Firma Juwi bauen möchte, würden auf Gemeindegebiet, die anderen beiden auf Flächen im Staatsforst stehen. Bürgermeister Udo Scheliga hat bereits zugesagt, bei der Entscheidung die Bürger zu beteiligen.



Aktion „Kauf eins mehr“ für

teilen aus dem

net illo- du- sch- ltr- ant- ine- nd- il- nes- igt